

**Beschluss** (mit den Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste, SPD/Volt, ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI)

1. Die Vorplanung für die Verkehrsanlagen im Zuge des Neubaus der Eisenbahnüberführung Rosenheimer Straße durch die DB AG wird **unter der Prämisse genehmigt, dass**

- **die Fahrbahn stadtauswärts eine Breite erhalten soll, die eine Markierung von zwei separaten Fahrspuren zulässt,**

**sowie unter Berücksichtigung der Ergebnisse der folgenden Prüfungen. Wenn die Ergebnisse der Prüfungen negativ ausfallen, wird die im Vortrag der Referentin vorgeschlagene Variante 2 weiterverfolgt:**

**Rampenbereich stadteinwärts:**

- **Die bestehende nordseitige Böschung und die dort vorhandenen Bäume sollen erhalten bleiben. Die zukünftige Straßenraumaufteilung wird innerhalb des aktuell vorhandenen Straßenraums abgewickelt. Der geplante 2-Richtungsradweg und der Gehweg auf der Südseite können dafür angemessen verschmälert werden. Stadteinwärts sollen für den Verkehr eine Geradeausfahrspur und eine Rechtsabbiegespur in der Rosenheimer Straße vorgesehen werden. Es soll gewährleistet sein, dass auch nach Inbetriebnahme der Trambahn eine Geradeausspur und eine Rechtsabbiegespur stadteinwärts aufrechterhalten werden kann. Dafür soll die in der Planung dargestellte Bushaltestelle in der Rosenheimer Straße möglichst bei späterer Einrichtung der Tram in der Orleansstraße verortet werden.**
2. **Es soll geprüft werden, wie die beidseitigen Radweglücken östlich der Friedenstraße (außerhalb des Planfeststellungsumgriffs) mit in das Projekt EÜ Rosenheimer Straße aufgenommen und geschlossen werden können. Hierfür soll auch die MVG beteiligt werden, um die zukünftige Lage der Bushaltestelle „Kustermannpark“ zu evaluieren.**
  3. **Das Baureferat wird beauftragt, für die Verkehrsanlagen im Zuge des Neubaus der Eisenbahnüberführung Rosenheimer Straße durch die DB AG die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Variante 2 (geringerer Gesamtumgriff gemäß Darstellungen im Vortrag der Referentin unter Punkt 2) zu erarbeiten sowie Teile der Ausführungsplanung vorzuziehen.**

Nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens durch die DB AG wird das Baureferat die Projektgenehmigung herbeiführen.

4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.